



Newsletter

vom 03.03.2019

Politik aktuell - Wahlrecht

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

In letzter Zeit häufen sich die Stimmen, die ein Wahlrecht ab 16 Jahre oder sogar darunter fordern. Auch Spitzenpolitiker wie Ministerin Barley fordern die Herabsetzung des Wahlrechts. Den größten Gegenwind gibt es aus der CDU bzw. von ehemaligen CDU-Anhängern, die teils mittlerweile in der Privatwirtschaft tätig sind, etwa wie Hans Hugo Klein; seines Zeichens Rechtswissenschaftler. Laut Menschen wie Herr Klein ist für eine Wahl, die Fähigkeit notwendig mit entsprechendem Verständnis an einem derartigen Kommunikationsprozess, wie zwischen Wählern und zu Wählenden teilzunehmen und entsprechend rationale Argumente auszutauschen. Die aktuellen Klimastreiks an vielen Schulen im Land zeigen eindeutig, dass sehr junge Menschen und Jugendliche sich sehr wohl mit politischen Themen beschäftigen und entsprechend in der Lage sind, eben an diesem Kommunikationsprozess teilzunehmen! Wir fordern bereits seit langem ein Wahlrecht ab 16 Jahren, da Jugendliche wie am Beispiel unserer Partei entsprechend Parteien grünen dürfen, aber dann nicht an der Mitgestaltung der aktuellen Politik teilhaben dürfen; sprich ihre eigene Zukunft nicht mitgestalten dürfen! Damit muss Schluss sein! Jugendlichen unter 18 muss das Recht zugestanden werden, zu wählen und sich somit aktiv am politischen Prozess beteiligen zu können! Jugendliche wollen wählen, dürfen es nicht - Erwachsene dürfen wählen, tun es aber nicht. Mit diesem Zustand sehen wir schwarz für eine stabile und bürgernahe Politik in Deutschland! #NeustartJetzt

Politik aktuell - Digitalsteuer

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Bereits im Dezember 2018 haben Deutschland und Frankreich beim Finanzministertreffen versucht die übrigen europäischen Teilnehmer von einer Digitalsteuer für die umsatzstärksten Unternehmen zu überzeugen. Trotz des Versuchs eines Kompromisses konnte bisher keine Einigung erzielt werden. Wir fordern ebenfalls eine Überarbeitung des Steuersystems in Europa in Bezug auf digitalen Umsatz, da zum einen die Steuerungerechtigkeit verbessert werden kann und zum anderen dubiosen Steuermodellen á la Cum-Ex zumindest ein erster Riegel vorgeschoben werden kann! Unternehmen mit einem weltweiten digitalen Milliarden-Umsatz sollten innerhalb der EU einheitlich besteuert werden, um Steueroasen und das Gründen von Tochterfirmen zu verhindern, die nur dazu dienen, die Finanzen außerhalb des Hauptsitzes zu verwalten, um Steuern entsprechend zu sparen oder gar Sonderabsprachen mit dem jeweiligen Land zu tätigen! Die Aussage von Minister Le Maire, dass ein Steuersystem sich an den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts orientieren muss, teilen wir! Heutzutage sind Daten die neue Währung und ein großer weltweiter Umsatz wird mit digitalen Umsätzen generiert, der nach wie vor ebenfalls unterschiedlich besteuert wird und es auch in der EU keine einheitliche Linie der Länder gibt! Wir fordern, dass die Debatte über eine Reform des europäischen Steuersystems nicht zum Erliegen kommt und eine Überarbeitung im Sinne des 21. Jahrhunderts nicht von vornherein ausgeschlossen wird!

Europawahl 2019

Unterstützungsunterschriften

Aufgrund der Masse an Unterschriften bitten wir um Geduld bis wir euch eine entsprechende Rückmeldung geben können, wie der Stand der Dinge aussieht. In jedem Fall bedanke ich mich auch im Namen der gesamten Partei für eure Mithilfe! Vielen Dank! #NeustartJetzt